

Ermländische Zeitung.

Erhalten täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Verkaufspreis: in unserer Expedition Mark 1.20, höchsten Abonnenten ins Haus geschickt Mark 1.70, auf den Reichspostämtern am Schalter Mark 1.50, durch Postboten ins Haus geschickt Mark 1.72.

Mit den Wochenbeilagen: St. Walbertsblatt, Illustrierte Beilage und Ratgeber für Landwirtschaft u.

Anzeigen werden bis 9 Uhr vormittags am Tage vor der Ausgabe erbeten. — Preis für die einseitige Beilage oder deren Raum 12 Pfennige. Belegemplare, falls erwünscht, das Stück 10 Pfennige. Adresse für Telegramme: Ermländische Zeitung, Braunsberg. Telephon Nr. 47.

Hierzu Illustrierte Beilage Nr. 15, Ratgeber Nr. 50 und eine Beilage.

Mit dem Aufzug der Verschleppungsreden „zur Geschäftsordnung“

Ist schneller ausgeräumt worden, als nach den Erfahrungen beim Antrag Kischbichler erwartet werden durfte. Die Obstruktion war am Dienstag in ihrem Widerstand gegen den Antrag Gröber ungewöhnlich matt, so daß schon der Verdacht aufstauen konnte, die Herren auf der Linken sungen an, wieder vernünftig zu werden. Ein Stück von den alten schlechten Gewohnheiten kam aber gleich zu Anfang zum Vorschein, als Herr Singer „zur Geschäftsordnung“ die Zulässigkeit des Antrages Gröber bewieselte aus denselben haltlosen Gründen, die bei der Beratung des Antrages Kischbichler schon auf das eingehendste widerlegt und durch einen förmlichen Beschluß des Reichstages endgültig zurückgewiesen waren. Auf den alten „kompletten Unsinn“, daß der Reichstag an keinem einzigen Tage einen neuen Antrag, und möge er noch so dringlich sein, beraten dürfe, so lange nicht die sämtlichen vorher eingebrachten Anträge der Reihe nach durchberaten seien, — auf diese wirklich alberne Theorie hätte sogar Herr Singer nicht zurückgreifen sollen. Indem er es that, lieferte er dem Antragsteller einen drastischen Beweis von der Unzulänglichkeit der jetzigen „Ordnung.“ Wenn die Freiheit, allezeit „zur Geschäftsordnung“ zu reden, dazu benutzt wird, um Dinge, die vor kurzem erst regelrecht abgehandelt und erledigt sind, aufs neue zur Debatte und zur zeitraubenden namentlichen Abstimmung zu bringen, dann ist das nichts weiter als eine Vergeudung der Zeit und eine Verhöhnung der Würde des Reichstages. Ein so gemißbrauchter Paragraph muß abgeändert werden. Basta!

Interessanter als die Wiederkehr Singers, war der Versuch des Abg. Bebel, die vorgeschlagene Aenderung der Geschäftsordnung als eine schreckliche Belastung und Gefährdung des Präsidenten hinzustellen. Spasshaft ist es, daß dieselbe Obstruktion, die fortgesetzt geradezu „Raubbau“ an der Nervenkraft des Präsidiums treibt und grausam gegen die Gesundheit des Vorsitzenden frevelt, jetzt plötzlich von Sorge und Mitleid für den Präsidenten überfließt! Graf Ballestrin schickte zu diesen ihm gewidmeten Krolobilstrahlen. Die einzig richtige Art, dem Präsidenten seine Amtsführung zu erleichtern, ist die Erweiterung seiner Machtbefugnisse, um ihm die Abhaltung von Störungen zu ermöglichen.

Einen besonderen Vorzug der jetzt beschlossenen Aenderung erblickt man darin, daß die Höchstdauer einer Rede zur Geschäftsordnung auf 5 Minuten festgesetzt ist. Das ermöglicht dem Präsidenten einen recht weitgehenden Gebrauch seiner Vollmacht. Wenn er einmal das Wort zur Geschäftsordnung an einen arglistigen Schwächer erteilt, so sind immer nur 5 Minuten verloren.

Die Entziehung des Wortes nach Ablauf der 5 Minuten kam nur in dem Falle, daß der betreffende Abgeordnete sich aktivem Widerstand gegen die Ordnung des Hauses erlaubt, zu Weiterungen führen. Es liegt dann derselbe Fall vor, als wenn einem Redner zur Sache nach wiederholtem Ordnungsruf durch Beschluß des Hauses das Wort entzogen wird. Bisher hat noch kein Mitglied den Versuch gemacht, nach einer solchen Entziehung des Wortes die Tribüne zu behaupten. Sollte es künftig vorkommen, so fällt die Schuld nicht auf den Antrag Gröber, sondern einzig und allein auf das revoltierende Mitglied. Eine solche Empörung gegen den Präsidenten würde in dieselbe Klasse der groben Vergehens gehören, wie die neuliche Weigerung des Abg. Singer, dem Verbot des Aufenthaltes auf der Treppe und dem Gebot des Verlassens des Saales Folge zu leisten. Sollte eine derartige aktive Wiederfähigkeit Mode werden, so würde die Mehrheit gezwungen sein, wieder einen Schritt weiter zu gehen und dem Präsidenten die nötige Vollmacht und Mittel zur schleunigen Entfernung des revoltierenden Mitgliedes zu geben. In England und Frankreich macht man mit Mitgliedern, die sich gegen die Präsidialgewalt empören, wenig Federlesens und wendet Gewalt mit sehr empfindlichen Straffolgen an.

Die Obstruktion in unserem Reichstage sollte vor allem die Erklärung beherzigen, die der Abg. Dr. Gröber am Schluß seiner Rede gab: im Namen seiner Freunde habe er mitzuteilen, zu jeder Aenderung der Geschäftsordnung, die durch das weitere Verhalten der Obstruktionsparteien notwendig werden könnte, seien sie entschlossen, um eine geordnete, beschleunigte und würdige Erledigung der Geschäfte zu erwirken. „Höher als die Form steht uns die Erledigung der Geschäfte, das Ansehen und die Ehre des deutschen Reichstages.“ Diese Sprache ist verständlich. Es hat lange genug gedauert, bis die Mehrheit sich zu diesem kräftigen Vorgehen aufgerafft hat, aber nun ist auch die Entschlossenheit und die Geschlossenheit vollständig geworden — infolge der Hammerschläge, mit denen der übermüthige Unfug der Sozialdemokraten das Eisen geschmiedet hat.

Wenn der Linken die Freiheit der Minderheit wirklich so lieb ist, wie sie sagt, so mag sie fortan sich anständig und vernünftig benehmen. Das ist das einzige Mittel, um die bestehende Geschäftsordnung vor weiteren Aenderungen zu bewahren. Das Volk in seiner großen und besseren Mehrheit — darüber lassen die mannigfaltigsten Kundgebungen keinen Zweifel — steht entschieden hinter der Mehrheit des Reichstages und fordert das entschiedenste Vorgehen zur Wahrung der Arbeitsfähigkeit, der Ehre und des Bestandes des Parlamentes.

Deutsches Reich.

Breslau, 9. Dezember. Die „Mlesische Volkszeitung“ meldet: In der gestern stattgehabten Generalversammlung des katholischen Arbeitervereins in Breslau wurde folgendes Huldigungstelegramm an den Kaiser gesandt: „Gegen achthundert im St. Vincenzhause versammelte Mitglieder des katholischen Arbeitervereins Breslau bitten Eure Majestät, für die an die Breslauer Arbeiterdeputation gerichteten, den Arbeiterstand hoch ehrenden kaiserlichen Worte ihren tiefempundenen Dank sowie die Versicherung unwandelbarer treuer Ergebenheit huldvollst entgegen nehmen zu wollen.“

Weimar, 9. Dezember. Nach amtlicher Mitteilung in der „Weimarer Zeitung“ hat sich der Großherzog mit der Prinzessin Elisabeth Ida von Ruß a. L. verlobt.

Der preussische Landtag wird auf den 8. Januar einberufen.

Eine Reihe von Zustimmungskundgebungen aus dem Reiche zum Vorgehen der Zentrumsparthei im Reichstage wird in der heutigen „Germania“ veröffentlicht.

Abg. Singer hat sich also endlich bemüht gefunden, den Vorsitz der Geschäftsordnungskommission des Reichstages niederzulegen. In einem Schreiben an den stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission, Abg. Koeren, begründet er dies damit, daß die Mehrheit der Kommission den Antrag Gröber auf Aenderung der Geschäftsordnung unterzeichnet habe. In einer Kommission, deren Mehrheit bereit sei, die Handhabung der Geschäftsordnung nicht mehr an Rechtsbestimmungen zu binden, sondern sie dem freien Ermessen des Präsidenten zu überlassen, vermöge er nicht weiter als Vorsitzender zu fungieren. Sehr stolz gesprochen! Richtiger wäre es aber wohl gewesen, wenn er erklärt hätte, er sehe ein, daß ein Mann, der sich so hartnäckig und rücksichtslos über die Geschäftsordnung hinwegsetze, wie er, sich zum Vorsitzenden der Kommission nicht eigne.

Eine neue Partei soll gegründet werden, um einem „dringenden Bedürfnisse“ abzuhelfen, da bis jetzt erst 22 Parteien Kandidaten zum Reichstage aufgestellt haben, das zweite Duzend also noch nicht voll ist. Auf Veranlassung des Legationsrats Fehr, von Edardstein, des ersten Sekretärs bei der Botschaft in London, findet am 15. Dezember zu Frankfurt a. M. eine Zusammenkunft einflussreicher Persönlichkeiten aus der Provinz Hessen-Nassau, dem Großherzogtum Hessen und den angrenzenden bairischen württembergischen, bairischen und preussischen Gebieten statt, in der es sich um die Gründung und Organisation einer neuen unpolitischen Partei, einer „Kaiserparthei“, handelt. Die neue Partei soll selbständig durch Aufstellung von Kandidaturen in die Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen eingreifen und alle diejenigen Bevölkerungskreise in sich aufnehmen, die gesonnen sind, einerseits sowohl den „Ueberagrariern“, als auch andererseits den Sozialdemokraten entschlossen die Stirn zu bieten und die kaiserliche Politik namentlich in Zoll, Kanal-, Heres- und Marinefragen zu unterstützen. — Ernst ist diese neue Parteigründung nicht zu nehmen. Sollte Fehr, von Edardstein (der übrigens auf ein Jahr beurlaubt ist) wirklich glauben, mit seiner Gründung Erfolg haben zu können, so wird er eine schwere Enttäuschung erleben.

Der Breslauer Freisinn gedenkt aus der Ansprache des Kaisers an eine Arbeiterordnung alsbald parteipolitischen Kapital zu schlagen. Sie beabsichtigen, den Führer der Arbeiterdeputation, Federhändler Karl Klamm, entsprechend dem Vorschlag des Kaisers, nichtsozialistische Arbeitervertreter zu wählen, bei den nächsten Reichstags- und Landtagswahlen als Kandidaten aufzustellen, „in der Erwartung, daß auch die Konservativen auf Grund der Kaiserrede diese Kandidatur unterstützen müssen.“ Klamm ist seit Jahren ein rühriger Anhänger der freisinnigen Volkspartei in Breslau. Soll er nicht am Ende auch der freisinnigen Vereinigung beitreten? Der famose Herr Gothein ist doch ebenfalls vom Breslauer Freisinn in das preussische Abgeordnetenhaus gesandt worden.

Der Delegiertentag der bairischen Zentrumsparthei, welcher zu Anfang nächster Woche in München abgehalten werden sollte, ist wegen der parlamentarischen Lage im Reichstage bis auf den Anfang Januar verschoben worden. Ein bestimmter neuer Termin für die Abhaltung des Delegiertentages ist noch nicht festgesetzt.

Der Anschlag des Deutschen Handelstages hat auf Antrag des Dr. Hammacher mit 20 gegen 14 Stimmen sich

dahin ausgesprochen, daß „im Hinblick auf die ernsten Gefahren, denen das wirtschaftliche Leben Deutschlands ausgesetzt wäre, wenn die gegenwärtige Wahlperiode des Reichstages ohne eine gesetzliche Verabschiedung des Zolltarifs abliefe, sowie in der sicheren Erwartung, daß es der Leitung der Reichsgeschäfte gelingen wird, alsbald langfristige, den berechtigten Interessen von Handel und Industrie entsprechende Handelsverträge mit den für Deutschlands internationalen Verkehr wichtigeren Staaten abzuschließen,“ es die Pflicht des Reichstages wäre, auf Grund der Regierungsvorlage einen diesen Zwecken dienenden Zolltarif zustande zu bringen. Hinterher wurde aber von einer Beschlußfassung Abstand genommen mit Rücksicht auf die starke Minderheit, gegen welche der Beschluß gefaßt worden war. Was heute noch eine Empfehlung der Regierungsvorlage ist, ist freilich nicht abzusehen. Jedenfalls hat aber der Ausschluß des Handelstages der Linken eine schwere Enttäuschung bereitet, indem er sich nicht gegen den neuen Zolltarif aussprach.

Ein Kartell der nichtsozialdemokratischen (christlichen) Arbeiterorganisationen Berlins, die schon bisher bei wiederholten Gelegenheiten gemeinsam vorgingen, ist in Vorbereitung. Durch eine Reihe von Wohlfahrtsvereinigungen soll versucht werden, auch die dem politischen Leben völlig fernstehenden Arbeiter zum Beitritt heranzuziehen. So will man zu den bereits bestehenden Einrichtungen einen Krankengeldzuschuß, Arbeitslosenunterstützung usw. einführen. Endlich soll, damit der Kampfscharakter der Organisationen nicht ganz verloren gehe, auch ein Streikfonds auf Grund einer einheitlichen Streikmarke geschaffen werden. Ein besonderer Fonds soll der Unterstützung der von ihren sozialdemokratischen Kollegen gemäßigten oder aus der Arbeit gedrängten christlichen Arbeiter dienen. Das Kartell hofft, auch bei den Behörden die notwendige Förderung zu finden.

Die allgemeine Lage der wirtschaftlichen Lage macht es, wie halbamtlich geschrieben wird, notwendig, auch im nächsten preussischen Etat auf allen Gebieten Sparjamkeit zu üben und mannigfache Wünsche zurückzustellen. Andererseits erhofft die regelmäßig eintretende und unvermeidliche Steigerung der laufenden Ausgaben Befriedigung. Insbesondere war es geboten, den Aufwand für die Eisenbahnbetriebsmittel in einer angemessenen Höhe zu erhalten. Die halbamtliche Mitteilung stellt Aufnahme einer Anleihe zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben in Aussicht.

Im Monat Oktober d. J. sind auf deutschen Eisenbahnen — ausschließlich der bairischen — 13 Entgleisungen auf freier Bahn (davon 5 bei Personenzügen), 24 Entgleisungen in Stationen (davon 7 bei Personenzügen), 3 Zusammenstöße auf freier Bahn (nur bei Güterzügen), 31 Zusammenstöße in Stationen (davon 8 bei Personenzügen) vorgekommen. Dabei wurde 1 Bahnbeamter getötet; 1 Reisender, 19 Bahnbeamte, 3 Postbeamte und 1 fremde Person wurden verletzt.

Deutscher Reichstag.

OPC. Berlin, 9. Dezember.

Im Reichstage fand heute der Antrag Gröber (Str.) auf Aenderung des § 44 der Geschäftsordnung eine verhältnismäßig glatte Annahme. Nachdem das Haus zunächst einen Einspruch des Abg. Singer (Soz.) auf Beratung dieses Antrages außerhalb der Reihe der Initiativanträge als unberechtigt zurückgewiesen hatte, begründete Abg. Gröber (Str.) in einer sehr eindrucksvollen Rede den Antrag. Er führte aus, daß es zu allen Zeiten Zweck der Geschäftsordnung gewesen sei, eine ordentliche, schleunige und würdige parlamentarische Verhandlung zu ermöglichen. Im weiteren schilderte er den Unfug, den die Sozialdemokratie und die Freisinnige Vereinigung seit Wochen mit der Geschäftsordnung trieben, und betonte, daß es ganz unbedenklich sei, einem vom ganzen Hause gewählten Präsidenten das Recht zu geben, nach seinem Ermessen das Wort zur Geschäftsordnung zu geben oder zu verweigern. Die Redezeit von 5 Minuten genüge völlig. Schließlich erklärte Abg. Gröber, das Zentrum werde jede Aenderung der Geschäftsordnung billigen, die den Zweck erreiche, zu dem die Geschäftsordnung da sei. Höher als die Form der Geschäftsordnung stehe die Frage der Erledigung der Geschäfte, und höher als die Geschäftsordnung des Reichstages stehe die Existenz des Reichstages.

Den lebhaften Beifall, den diese Rede fand, suchte der Sprecher der Sozialdemokraten, der Abg. Bebel, vergebens zu verwischen; er behauptete, man wolle die Geschäftsordnung zu einem Werkzeug der Parteilichkeit machen; seine Parteilichkeit weiche der Gewalt.

Abg. Richter (fr. Wp.) erklärte sich gegen den Antrag Gröber, weil er mit Rücksicht auf die Durchbringung eines bestimmten Gesetzes gestellt, also Gelegenheitsmacher sei. —

Nachdem noch Abg. Dr. Barth (fr. Wp.) gegen den Antrag gesprochen hatte, wurde ein Antrag auf Schluß der Erörterung angenommen. Dabei drohten wieder Lärmstößen, indem Abg. Singer sich das Wort zur Geschäftsordnung erzwingen wollte; indessen gelang es den Be-